

Antrag	
der Fraktion DIE GRÜNEN / LinkeListeSoli	
AT-174/21-26	
Datum	13.02.2025

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	13.02.2025	beschließend

Betreff:

Kommunalwahl 2021

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung der Fraktion DIE GRÜNEN/LinkeListeSoli vom 13.02.2025

Beschlusstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstellen zum Urteil der Verhandlung am 12.02.2025 im Amtsgericht Groß-Gerau, das sich mit dem Vorwurf der Wahl- und Urkundenfälschung zur Rüsselsheimer Kommunalwahl 2021 beschäftigt hat.

Dieser Bericht beinhaltet eine Analyse, ob die ermittelten Taten und die damit gesetzeswidrig eingeholten Stimmanteile zu einer Verzerrung der Sitzverhältnisse der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung geführt haben.

Der Magistrat berichtet ebenfalls über die noch offenen Verfahren in dieser Sache und deren Fortschritte.

Der Magistrat bereitet Empfehlungen und Maßnahmen - auch an den Landeswahlleiter - vor, wie Verfahren zur Briefwahl der Kommunalwahl 2026 optimiert werden können, damit sich diese Vorgänge nicht wiederholen.

Begründung:

Wie das Amtsgericht Groß-Gerau in seinem Urteil vom 12.02.2025 festgestellt hat, kam es in der Rüsselsheimer Kommunalwahl 2021 zu einer Vorteilsnahme durch Urkundenfälschung. Nach und während der Wahl gab es Verdachtsfälle für Wahlfälschung, geäußert erstmals vom Wahlleiter der Stadt Raunheim. Direkt nach der Kommunalwahl wurde ein Wahlprüfungsausschuss gebildet. Die damaligen Ergebnisse erfolgten nicht einstimmig.

Der Wahlprüfungsausschuss des Kreises Groß-Gerau kam beim selben Sachverhalt zu einem anderen Ergebnis. Deshalb wurde die Kreiswahl in Rüsselsheim wiederholt. Inzwischen sind die polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen und das anhängliche Verfahren abgeschlossen. Eine Verurteilung ist erfolgt, die Vergehen sind festgestellt.